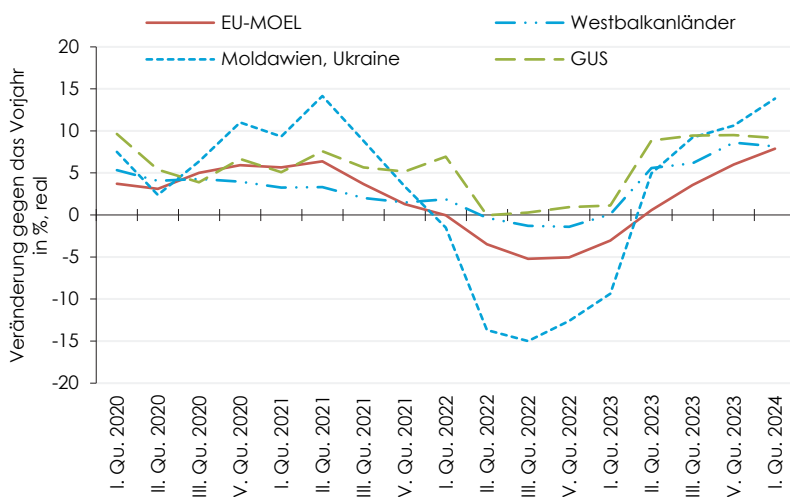


Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotzen der Konjunkturflaute im Euro-Raum

Vasily Astrov, Olga Pindyuk (wiiw)

- Die wirtschaftliche Erholung in den meisten Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) hat zuletzt an Fahrt gewonnen. Dies ist vor allem dem Rückgang der Inflation, dem Anstieg der Reallöhne und dem Erstarren des privaten Konsums zu verdanken.
- Gleichzeitig leiden die Industrie und die Exporte vieler Länder Mitteleuropas und des Westbalkans nach wie vor unter der Konjunkturschwäche in Deutschland.
- Die Lockerung der Geldpolitik konnte in den meisten MOSOEL nicht mit der Inflationsverlangsamung Schritt halten, was einen Anstieg der Realzinsen zur Folge hatte. Mittlerweile liegen sie fast überall im positiven Bereich.
- Die Haushaltsdefizite nehmen in vielen Ländern der Region weiter zu. Nach der Wiedereinführung der Maastricht-Kriterien im Juli 2024 droht neben Rumänien auch Ungarn, Polen und der Slowakei ein "Verfahren bei einem übermäßigen Defizit".
- Für die MOSOEL insgesamt wird für 2024 ein Wirtschaftswachstum von 3,1% prognostiziert. Es entspräche in etwa dem Zuwachs von 2023.

Durchschnittliche Bruttomonatslöhne



"Während die Finanzierungskosten in den meisten MOSOEL hoch bleiben, wird die Erholung der Wirtschaft durch eine expansive Fiskalpolitik unterstützt. Die Haushaltsdefizite nehmen in vielen Ländern weiter zu, was zum Teil auf die anstehenden Wahlen und die hohen Militärausgaben zurückzuführen ist."

Der Rückgang der Inflation trug zu einer deutlichen Erholung der Reallöhne bei (Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, wiiw. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. Westbalkanländer: ohne Kosovo. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland. Türkei: keine Daten verfügbar).

Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotzen der Konjunkturlaute im Euro-Raum

Vasily Astrov, Olga Pindyuk (wiiw)

Mittel-, Ost- und Südosteuropa trotzen der Konjunkturlaute im Euro-Raum

Die wirtschaftliche Erholung in den meisten Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas (MOSOEL) hat zuletzt vor allem dank des Rückgangs der Inflation, des Anstiegs der Real-löhne und des verstärkten privaten Konsums an Fahrt gewonnen. Gleichzeitig leiden die Industrie und die Exporte vieler Länder, vor allem in Mitteleuropa und auf dem Westbalkan, nach wie vor unter der Konjunkturschwäche in Deutschland. Während die Finanzierungskosten generell hoch bleiben, wird die Erholung durch eine expansive Fiskalpolitik unterstützt, wodurch die Haushaltsdefizite in vielen Ländern der Region weiter zunehmen werden. Für die MOSOEL insgesamt wird für 2024 ein Wirtschaftswachstum von 3,1% prognostiziert. Damit wäre es ähnlich hoch wie 2023. Die erwartete Wachstumsbeschleunigung in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern (EU-MOEL) und auf dem Westbalkan dürfte durch die Verlangsamung in anderen MOSOEL weitgehend ausgeglichen werden.

JEL-Codes: E20, E21, E23, E24, E31, E5, E62, H60, J20, J30, O47, O52, O57, P24, P27, P52 • **Keywords:** MOSOEL, Wirtschaftsprognose, Mittel- und Osteuropa, Westbalkan, GUS, Wirtschaftswachstum, Inflation, Geldpolitik, Fiskalpolitik, Löhne, Militärausgaben, Aufbau- und Resilienzfähigkeit

Begutachtung: Richard Grieveson, Branimir Jovanovic, Doris Hanzl-Weiß (wiiw) • **Wissenschaftliche Assistenz:** Alexandra Bykova (bykova@wiiw.ac.at), Beate Muck (muck@wiiw.ac.at) • Daten und Rahmenbedingungen berücksichtigt bis 13. 6. 2024, Text abgeschlossen am 10. 7. 2024

Kontakt: Vasily Astrov (astrov@wiiw.ac.at), Olga Pindyuk (pindyuk@wiiw.ac.at)

Central, Eastern and South Eastern Europe Defies the Economic Slump in the Euro Area

The economic recovery in most countries in Central, Eastern and South Eastern Europe (CESEE) has recently gained momentum, primarily thanks to the fall in inflation, the rise in real wages and increased private consumption. At the same time, industry and exports in many countries, particularly in Central Europe and the Western Balkans, continue to suffer from the economic downturn in Germany. While financing costs generally remain high, the recovery is being supported by an expansive fiscal policy, which will further increase budget deficits in many countries in the region. Economic growth of 3.1 percent is forecast for the CESEE region as a whole in 2024. The expected acceleration in growth in the Central and Eastern European EU member countries (EU-CEE) and the Western Balkans is likely to be largely offset by the slowdown in other CESEE countries.

1. Wirtschaftswachstum gewinnt dank des privaten Konsums an Fahrt

2023 war für die mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder (MOSOEL) ein schwieriges Jahr. In vielen dieser Volkswirtschaften kam die Konjunktur kaum in Schwung. Besonders schlecht schnitten die baltischen Länder ab, deren Wirtschaft das gesamte Jahr hindurch kontinuierlich schrumpfte (Übersicht 1). Dies war einerseits der Konjunkturlaute in Skandinavien und andererseits dem Einbruch der Billigimporte aus Russland und Weißrussland infolge des Ukraine-Krieges zuzuschreiben. Die meisten Visegrád-Länder, die durch die Rezession auf ihrem wichtigsten Exportmarkt Deutschland in Mitleidenschaft gezogen wurden, verzeichneten 2023 ebenfalls eine Rezession bzw. Stagnation. Die beiden Ländergruppen wurden im vergangenen Jahr zudem überproportional von der hohen Inflation getroffen, die zur Schwächung des privaten Konsums beitrug. Wesentlich dynamischer entwickelte sich die Wirtschaft der

Westbalkanländer sowie der südosteuropäischen EU-Mitgliedsländer Rumänien, Bulgarien und Kroatien.

Eine deutliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten 2023 nur die GUS-Länder und die Ukraine. In der Ukraine, die 2022 fast ein Drittel ihres BIP eingebüßt hatte – zum Teil aufgrund der Gebietsverluste an Russland –, erholte sich die Wirtschaft im zweiten Jahr des Krieges teilweise, vor allem dank der beträchtlichen ausländischen Hilfe sowie einer hohen wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit. Im Falle der GUS war das lebhaftere BIP-Wachstum deshalb möglich, weil Russland in der Lage war, seine Wirtschaft in den Kriegsmodus zu versetzen und die meisten westlichen Sanktionen zu umgehen. In Kasachstan wirkte vor allem ein rasanter Anstieg der Investitionen konjunkturbelebend.

Übersicht 1: Wirtschaftswachstum und Verbraucherpreisinflation

	Bruttoinlandsprodukt, real					Verbraucherpreise				
	2022	2023	2024	2025	2026	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	+ 4,3	+ 0,6	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 13,5	+ 10,9	+ 4,1	+ 3,3	+ 2,9
Bulgarien	+ 3,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,0	+ 3,0	+ 3,0
Tschechien	+ 2,4	- 0,3	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,7	+ 14,8	+ 12,0	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2
Estland	- 0,5	- 3,0	+ 0,2	+ 3,2	+ 3,6	+ 19,4	+ 9,1	+ 3,2	+ 2,8	+ 2,1
Kroatien	+ 7,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0	+ 10,7	+ 8,4	+ 3,7	+ 2,9	+ 2,5
Ungarn	+ 4,6	- 0,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,9	+ 15,3	+ 17,0	+ 4,5	+ 3,8	+ 3,5
Litauen	+ 2,4	- 0,3	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,6	+ 18,9	+ 8,7	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,5
Lettland	+ 3,0	- 0,3	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 17,2	+ 9,1	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,7
Polen	+ 5,6	+ 0,2	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,3	+ 13,2	+ 10,9	+ 4,5	+ 3,5	+ 2,8
Rumänien	+ 4,1	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,6	+ 12,0	+ 9,7	+ 5,6	+ 4,0	+ 3,5
Slowenien	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6	+ 9,3	+ 7,2	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,2
Slowakei	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,6	+ 12,1	+ 11,0	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,4
Euro-Raum ²⁾	+ 3,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 8,4	+ 5,4	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,0
EU 27 ²⁾	+ 3,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 9,2	+ 6,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2
Westbalkanländer ¹⁾	+ 3,4	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,6	+ 11,7	+ 9,0	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,5
Albanien	+ 4,9	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,8	+ 6,6	+ 5,3	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,4
Bosnien und Herzegowina	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,4	+ 14,0	+ 6,1	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,0
Montenegro	+ 6,4	+ 6,0	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,5	+ 11,9	+ 8,7	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,5
Nordmazedonien	+ 2,2	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,8	+ 14,0	+ 9,0	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,5
Serbien	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,7	+ 11,7	+ 12,1	+ 4,5	+ 3,5	+ 2,8
Kosovo	+ 4,3	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,9	+ 11,6	+ 4,9	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,2
Neue EU-Beitrittskandidaten ¹⁾	- 26,8	+ 4,9	+ 2,7	+ 4,0	+ 4,5	+ 20,9	+ 12,9	+ 6,3	+ 7,3	+ 5,9
Moldawien	- 28,8	+ 5,3	+ 2,7	+ 4,0	+ 4,5	+ 20,2	+ 12,9	+ 6,5	+ 7,5	+ 6,0
Ukraine	- 4,6	+ 0,7	+ 3,0	+ 3,5	+ 4,0	+ 28,7	+ 13,4	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,0
Türkei	+ 5,5	+ 4,5	+ 3,4	+ 4,0	+ 4,5	+ 72,3	+ 54,0	+ 59,0	+ 31,0	+ 26,0
GUS ¹⁾	- 0,9	+ 3,8	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 13,9	+ 6,8	+ 7,3	+ 4,8	+ 4,0
Weißrussland	- 4,7	+ 3,9	+ 3,5	+ 2,3	+ 2,5	+ 15,2	+ 5,1	+ 8,0	+ 7,0	+ 6,0
Kasachstan	+ 3,2	+ 5,1	+ 4,2	+ 4,9	+ 4,9	+ 15,0	+ 14,7	+ 8,3	+ 6,0	+ 5,8
Russland	- 1,2	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,5	+ 13,8	+ 5,9	+ 7,2	+ 4,6	+ 3,7
Visegrád-Länder ¹⁾	+ 4,5	+ 0,1	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 13,6	+ 11,8	+ 3,9	+ 3,3	+ 2,8
Baltische Länder ¹⁾	+ 1,9	- 0,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,9	+ 18,6	+ 8,9	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5
Südosteuropäische Länder ¹⁾	+ 4,5	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,4	+ 12,0	+ 9,3	+ 5,0	+ 3,7	+ 3,3
Westbalkanländer und neue EU-Beitrittskandidaten ¹⁾	- 14,2	+ 4,0	+ 2,9	+ 3,7	+ 4,1	+ 17,0	+ 11,3	+ 5,2	+ 5,5	+ 4,5
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾	- 0,1	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,4	+ 32,3	+ 21,8	+ 23,2	+ 13,0	+ 10,9
MOSOEL insgesamt ¹⁾	+ 1,3	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,3	+ 26,6	+ 18,5	+ 17,4	+ 10,1	+ 8,5

Q: wiw, Eurostat. 2024 bis 2026: wiw-Prognosen. Stichtag für historische Daten und Prognosen: 13. 6. 2024. - 1) wiw-Schätzung. - 2) wiw-Prognosen.

Im I. Quartal 2024 entwickelten sich die MOSOEL deutlich günstiger als in den Vorquartalen. Nur in fünf Ländern – Weißrussland, Tschechien, Kroatien, Kasachstan und Slowenien – verlangsamte sich das BIP-Wachstum (Abbildung 1). Eine deutliche Verbesserung verzeichnete Litauen, wo das BIP im I. Quartal um 2,9% stieg, nachdem es im 2. Halbjahr 2023 nahezu stagniert hatte. Am kräftigsten wuchs die Wirtschaftsleistung im I. Quartal 2024 in der Ukraine (+6,5% auf Jahresbasis), vor der Türkei (+5,7%), dem Kosovo (+5,6%) und Russland (+5,4%). Estland steckte als einziges MOSOEL noch immer in der Rezession; mit -2,4% auf Jahresbasis war sie ähnlich tief wie im 2. Halbjahr 2023. In

Tschechien und Lettland stagnierte die Wirtschaft weiterhin.

Die wichtigste Stütze der jüngsten Wachstumsbeschleunigung in den meisten MOSOEL ist der erstarkte private Konsum. In den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern (EU-MOEL) wuchs der Einzelhandelsumsatz von Jänner bis April 2024 wieder, nachdem er im Jahr 2023 geschrumpft war. In den Westbalkanländern beschleunigte sich das Wachstum weiter, in der Türkei blieb es lebhaft (Abbildung 2). Nur in der GUS, hauptsächlich in Kasachstan, verlor der Einzelhandel etwas an Schwung, verlief aber dennoch dynamisch.

Übersicht 2: Arbeitslosenquote, Leistungsbilanz und Budgetsaldo

	Arbeitslosenquote					Leistungsbilanz					Budgetsaldo				
	2022	2023	2024	2025	2026	2022	2023	2024	2025	2026	2022	2023	2024	2025	2026
	In %, Jahresdurchschnitt					In % des BIP					In % des BIP				
EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾²⁾	4,0	4,1	4,1	4,1	4,0	- 4,8	- 0,4	- 0,7	- 1,0	- 0,8	- 3,7	- 4,6	- 5,0	- 4,2	- 3,7
Bulgarien	4,3	4,3	4,2	4,1	4,0	- 1,4	- 0,3	- 1,2	- 1,5	- 1,8	- 2,9	- 1,9	- 4,0	- 3,0	- 3,0
Tschechien	2,2	2,6	3,0	2,6	2,6	- 4,9	0,4	0,4	0,8	1,4	- 3,2	- 3,7	- 2,5	- 2,0	- 1,5
Estland	5,6	6,4	7,3	6,6	6,1	- 3,2	- 2,1	- 2,0	- 2,2	- 1,9	- 1,0	- 3,4	- 3,4	- 4,5	- 3,6
Kroatien	7,0	6,1	6,1	6,0	6,0	- 2,8	1,1	0,2	1,0	1,3	0,1	- 0,7	- 2,0	- 1,4	- 1,2
Ungarn	3,6	4,1	4,4	4,0	3,7	- 8,4	0,2	0,2	0,3	0,4	- 6,2	- 6,7	- 5,5	- 4,0	- 3,5
Litauen	6,0	6,9	7,2	6,7	6,4	- 5,5	1,9	2,2	2,8	2,5	- 0,6	- 0,8	- 2,5	- 2,5	- 2,3
Lettland	6,9	6,5	7,0	6,7	6,4	- 4,8	- 4,0	- 3,1	- 4,6	- 5,7	- 4,6	- 2,2	- 2,8	- 2,3	- 2,0
Polen	2,9	2,8	2,8	3,0	3,0	- 2,4	1,6	1,0	- 0,3	± 0,0	- 3,4	- 5,1	- 5,9	- 5,4	- 5,3
Rumänien	5,6	5,6	5,5	5,4	5,2	- 9,2	- 7,0	- 6,8	- 6,0	- 6,0	- 6,3	- 6,6	- 6,8	- 4,8	- 3,8
Slowenien	4,0	3,7	3,6	3,6	3,5	- 1,0	4,5	3,0	2,4	2,5	- 3,0	- 2,5	- 3,1	- 2,3	- 0,6
Slowakei	6,1	5,8	5,8	5,6	5,4	- 7,3	- 1,6	- 1,3	- 0,9	- 1,0	- 1,7	- 4,9	- 6,0	- 5,0	- 4,0
Euro-Raum ³⁾	6,8	6,6	6,7	6,6	6,6	1,3	2,9	2,5	2,5	2,5	- 3,7	- 3,6	- 2,6	- 2,6	- 2,5
EU 27 ³⁾	6,2	6,1	5,9	5,8	5,8	1,2	2,9	2,5	2,5	2,5	- 3,4	- 3,5	- 2,2	- 2,2	- 2,1
Westbalkanländer ¹⁾²⁾	11,7	11,1	10,6	10,2	9,8	- 6,7	- 2,8	- 3,2	- 3,4	- 3,4	- 2,7	- 1,5	- 1,9	- 1,6	- 1,5
Albanien	10,9	10,7	10,4	10,2	10,0	- 5,9	- 0,9	- 1,4	- 1,3	- 1,4	- 3,7	- 1,3	- 1,5	- 1,5	- 2,0
Bosnien und Herzegowina	15,4	13,2	12,9	12,7	12,4	- 4,3	- 2,8	- 3,6	- 3,4	- 3,2	- 0,4	1,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0
Montenegro	14,7	13,1	11,0	10,0	9,0	- 12,9	- 11,4	- 10,7	- 10,6	- 10,4	- 4,2	0,6	- 4,0	- 4,0	- 4,0
Nordmazedonien	14,4	13,1	12,5	11,8	11,0	- 6,1	0,7	- 0,8	- 1,9	- 2,4	- 4,4	- 4,9	- 4,0	- 3,0	- 2,5
Serbien	9,4	9,5	9,0	8,5	8,0	- 6,9	- 2,6	- 2,7	- 2,9	- 2,9	- 3,2	- 2,2	- 2,0	- 1,5	- 1,0
Kosovo	12,5	12,4	12,3	12,0	11,5	- 10,3	- 7,6	- 8,6	- 8,7	- 8,5	- 0,5	- 0,3	- 1,0	- 1,0	- 1,5
Neue EU-Beitrittskandidaten ¹⁾²⁾	23,9	19,2	14,4	9,7	8,7	3,1	- 5,7	- 8,2	- 9,9	- 9,8	- 15,1	- 19,0	- 16,8	- 14,0	- 11,3
Moldawien	25,0	20,0	15,0	10,0	9,0	4,9	- 5,2	- 8,0	- 10,0	- 10,0	- 16,1	- 20,3	- 18,0	- 15,0	- 12,0
Ukraine	3,1	4,6	4,3	4,0	3,5	- 17,1	- 11,9	- 9,7	- 8,9	- 8,1	- 3,2	- 5,2	- 4,8	- 3,8	- 3,5
Türkei	10,5	9,4	10,0	10,5	10,0	- 5,4	- 4,1	- 3,1	- 2,7	- 2,3	- 1,1	- 5,2	- 4,0	- 3,0	- 3,0
GUS ¹⁾²⁾	4,0	3,3	2,9	2,8	2,7	9,6	1,7	2,9	2,5	2,4	- 1,4	- 2,2	- 1,3	- 1,5	- 1,1
Weißrussland	3,6	3,5	3,4	3,3	3,3	3,5	- 1,4	- 2,0	- 1,3	- 0,9	- 1,5	- 1,0	- 1,5	- 1,0	- 1,0
Kasachstan	4,9	4,7	4,7	4,6	4,5	3,1	- 3,3	- 2,0	- 1,5	- 0,5	- 2,1	- 2,3	- 2,3	- 2,0	- 2,0
Russland	3,9	3,2	2,7	2,5	2,4	10,5	2,5	3,8	3,3	3,0	- 1,4	- 2,3	- 1,2	- 1,5	- 1,0
Visegrád-Länder ¹⁾²⁾	3,2	3,3	3,4	3,3	3,3	- 4,1	1,0	0,7	0,1	0,4	- 3,6	- 4,9	- 5,1	- 4,4	- 4,0
Baltische Länder ¹⁾²⁾	6,1	6,6	7,2	6,7	6,3	- 4,7	- 0,7	- 0,3	- 0,5	- 0,8	- 1,8	- 1,8	- 2,8	- 3,0	- 2,6
Südosteuropäische Länder ¹⁾²⁾	5,5	5,4	5,3	5,2	5,0	- 6,6	- 4,5	- 4,7	- 4,1	- 4,1	- 4,6	- 4,8	- 5,5	- 3,9	- 3,3
Westbalkanländer und neue EU-Beitrittskandidaten ¹⁾²⁾	20,3	16,8	13,3	9,8	9,0	- 1,2	- 4,4	- 5,9	- 6,9	- 6,9	- 9,7	- 11,2	- 10,0	- 8,3	- 6,8
Nicht-EU-Länder in Ostmitteleuropa ¹⁾²⁾	8,3	7,0	6,3	5,8	5,5	5,1	- 0,5	0,2	- 0,1	- 0,1	- 2,0	- 3,9	- 3,0	- 2,7	- 2,3
MOSOEL insgesamt ¹⁾²⁾	7,3	6,3	5,8	5,4	5,1	1,8	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 2,6	- 4,2	- 3,8	- 3,2	- 2,8

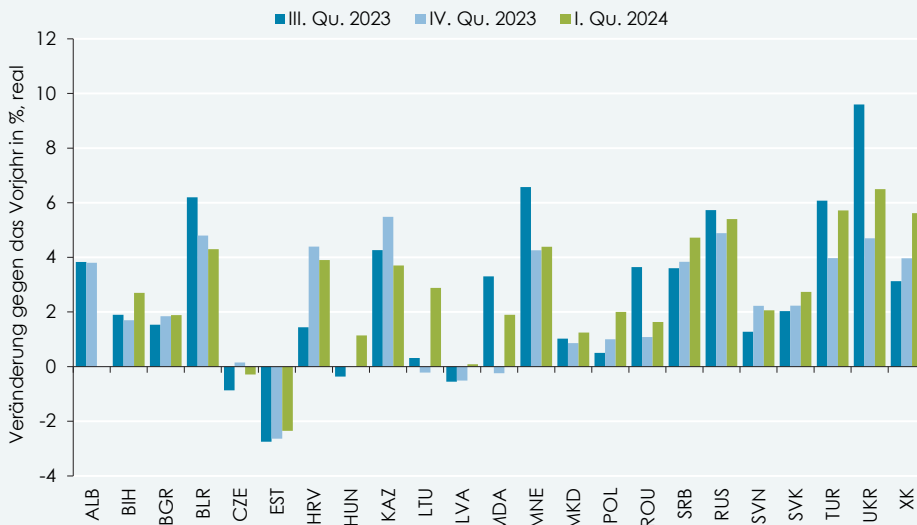
Q: wiiw, Eurostat. 2024 bis 2026: wiiw-Prognosen. Stichtag für historische Daten und Prognosen: 13. 6. 2024. Arbeitslosenquote: Labour-Force-Konzept. – ¹⁾ wiiw-Schätzung. – ²⁾ Leistungsbilanz einschließlich Transaktionen innerhalb der Region (Summe der einzelnen Länder). – ³⁾ wiiw-Prognosen.

Der weitere Rückgang der Industrieproduktion in den EU-MOEL und den Westbalkanländern wurde vor allem durch die anhaltende Schwäche der deutschen Industrie bedingt.

Dagegen ging die Industrieproduktion in vielen MOSOEL im I. Quartal 2024 weiter zurück, insbesondere in den EU-MOEL und auf dem Westbalkan. Dies lässt sich vorrangig auf die anhaltende Schwäche der deutschen Industrie zurückführen (Abbildung 3). Beide Ländergruppen sind stark von der Importnachfrage in Deutschland abhängig; 2023 machten die Warenexporte nach Deutschland in Nordmazedonien 27% des BIP aus, in Tschechien 25%, in Ungarn 20% und in der Slowakei 19%. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Industrieproduktion in den EU-

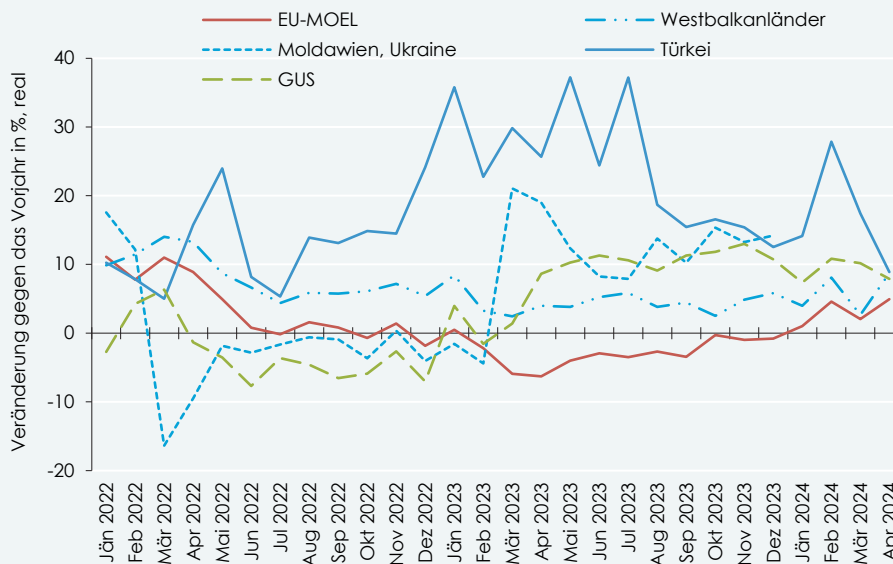
MOEL bereits seit sechs Quartalen in Folge rückläufig ist und in den Westbalkanländern stagniert. Im Einklang damit haben die Insolvenzen in der Industrie allgemein zugenommen. So verzeichneten die vier Visegrád-Länder wie auch Österreich und Deutschland im Jahr 2023 eine wachsende Zahl an Konkursen, teilweise auch wegen der steigenden Zinsen und der Engpässe in den Lieferketten. Besonders kräftig nahmen die Konkurse in Ungarn (+131%) und Estland (+98%) zu.

Abbildung 1: **Bruttoinlandsprodukt**



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. 2024: keine Daten für Albanien verfügbar.

Abbildung 2: **Einzelhandelsumsatz**

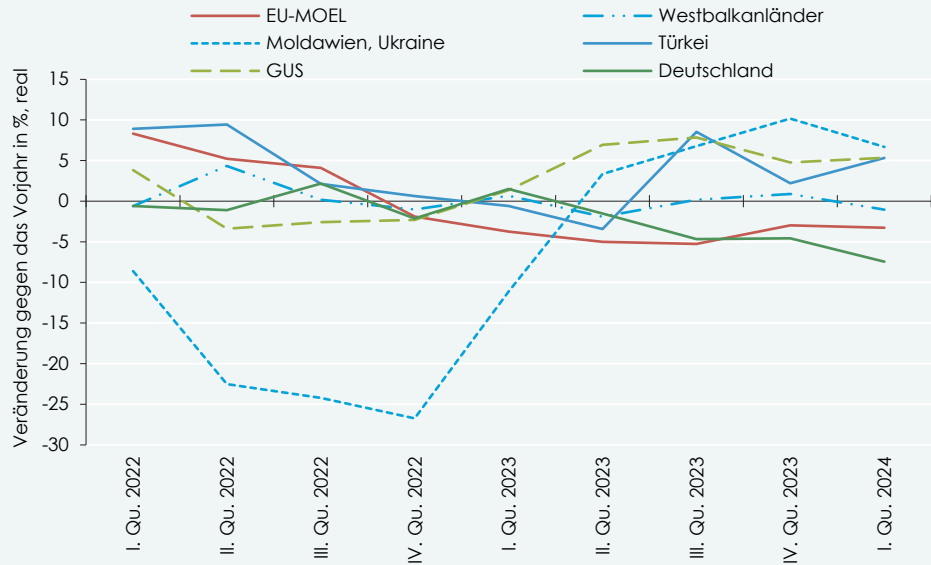


Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland. Westbalkanländer: ohne Kosovo. 2024: keine Daten für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Moldawien und Ukraine verfügbar.

In Ländern, deren Industrieproduktion weniger stark mit Deutschland verflochten ist, wie den GUS-Ländern und der Türkei, verlief die Industriekonjunktur in letzter Zeit viel günstiger (Abbildung 3). In Russland spiegelt dies eine Kombination aus boomender Rüstungs-

produktion, Importsubstitution in einigen Sektoren sowie der teilweisen Erholung von Industriebranchen wider, die anfangs empfindlich unter den westlichen Sanktionen gelitten hatten.

Abbildung 3: **Bruttoindustrieproduktion**



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, wiw. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland. 2024: keine Daten für den Kosovo verfügbar.

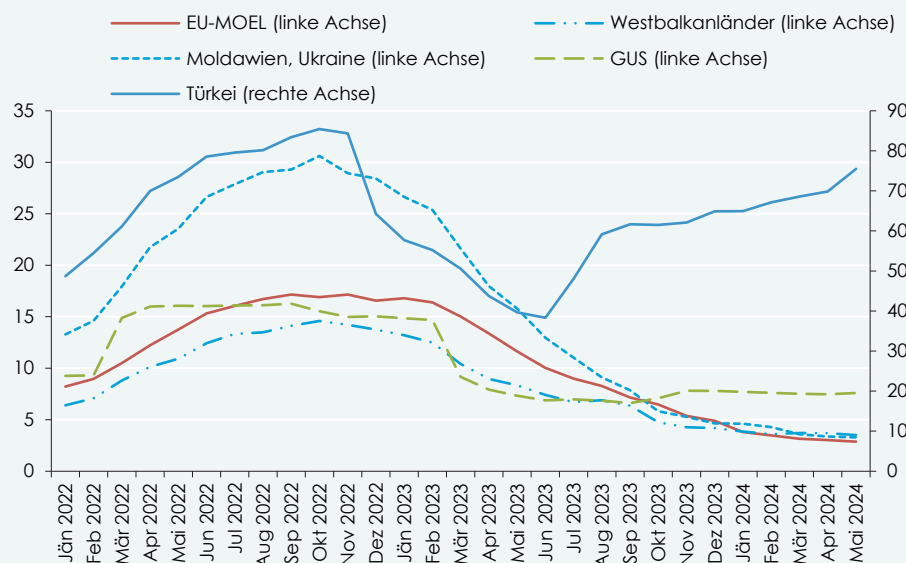
2. Tiefpunkt der Inflation dürfte bereits erreicht sein

In den meisten MOSOEL verlangsamte sich die Verbraucherpreisinflation in den letzten Monaten weiter. Der Hauptgrund dafür ist der Rückgang der Weltmarktpreise für Lebensmittel und Energie, die im Jahr 2022 die Haupttreiber des Inflationsschubs gewesen waren. In den meisten EU-MOEL und den Westbalkanländern sind die Inflationsraten auf etwa 2% bis 3% zurückgegangen (Abbil-

dung 4), womit sie sich den Zielwerten des Inflation-Targeting angenähert oder diese sogar unterschritten haben. In Lettland und Litauen hat sich die Inflation auf einem besonders niedrigen Niveau eingependelt, was die jüngste Schwäche der Konsumnachfrage in diesen Ländern belegt. Selbst in der kriegsgebeutelten Ukraine konnte die Inflation eingedämmt werden.

Abbildung 4: **Verbraucherpreisindex**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) für EU-MOEL. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland.

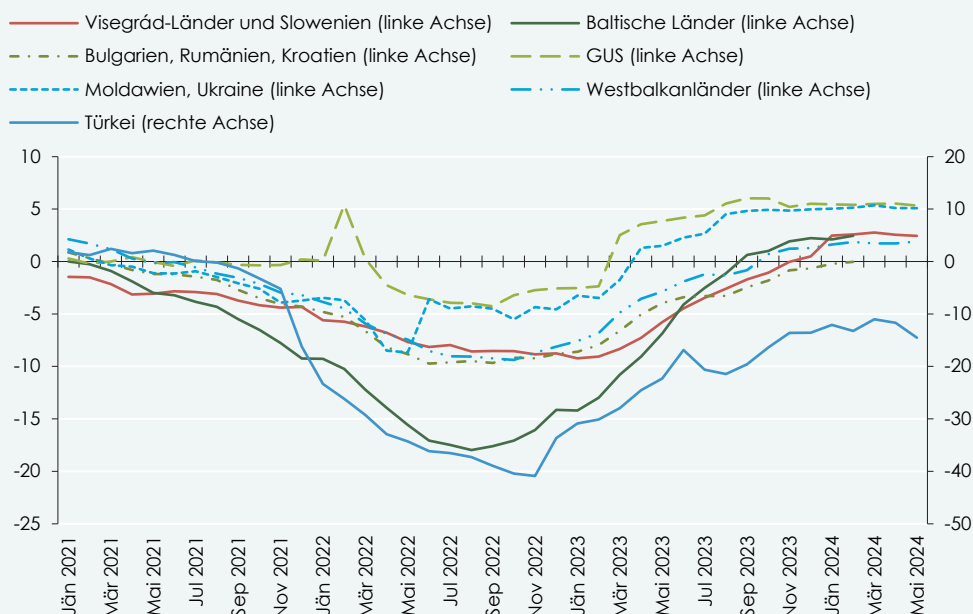
Der nachlassende Preisdruck ermöglichte in einer Reihe von Ländern eine weitere Lockerung der Geldpolitik: so senkten z. B. die Zentralbanken in Tschechien, Ungarn, Serbien, Moldawien, der Ukraine und Kasachstan in den letzten Monaten abermals die Leitzinsen. Dennoch konnte die Geldpolitik in

den meisten Fällen nicht mit dem Tempo der Inflationsverlangsamung Schritt halten. Als Ergebnis stiegen fast überall die Realzinsen und gingen mit der Ausnahme der Türkei in allen MOSOEL in den positiven Bereich über (Abbildung 5).

Die geldpolitische Lockerung konnte in den meisten Ländern nicht mit der Inflationsverlangsamung Schritt halten, was einen Anstieg der Realzinsen zur Folge hatte.

Abbildung 5: **Realzinsen**

Leitzinssatz im Verhältnis zur Veränderung des VPI gegenüber dem Vorjahr in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland.

In vielen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas dürfte der Inflationsdruck in den kommenden Monaten jedoch wieder zunehmen. Die Hauptgründe dafür sind eine weitere Erholung der Konsumnachfrage und der kräftige Anstieg der Nominallöhne, der sich in höheren Produktionskosten niederschlägt. Im Mai 2024 war die Kerninflation in fast allen Ländern der Region höher als die Gesamtinflation, was darauf hindeutet, dass die gestiegenen Produktionskosten weiterhin auf die Preise durchschlagen (Abbildung 6). Die hohe Kerninflation ist vor allem auf die Verteuerung von Dienstleistungen zurückzuführen. Die Preise für Urlaubsreisen und Beherbergungsleistungen, die die viertgrößte Komponente des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) darstellen, zogen – vom Spezialfall der Türkei abgesehen – in Nordmazedonien (+14,7% auf Jahresbasis) und Kroatien (+13,8%) am stärksten an. Dies dürfte eine Folge der steigenden Nachfrage sowie der kräftigen Lohndynamik im Tourismus aufgrund des begrenzten Arbeitskräfteangebotes sein. Inflationsfördernde länderspezifische Faktoren spielen ebenfalls eine Rolle, etwa die jüngste Aufhebung der Preiskontrollen in Nordmazedonien, die Anhe-

bung der regulierten Tarife in Rumänien oder die Deregulierung der Energieversorgung in Polen. Vor diesem Hintergrund dürfte in vielen MOSOEL die Lockerung der Geldpolitik entweder nur mehr langsam voranschreiten – so etwa in Tschechien, Rumänien, Nordmazedonien und Kasachstan – oder zumindest bis Jahresende 2024 auf Eis gelegt werden (Albanien, Moldawien). In Polen wurde sie bereits im Oktober 2023 unterbrochen.

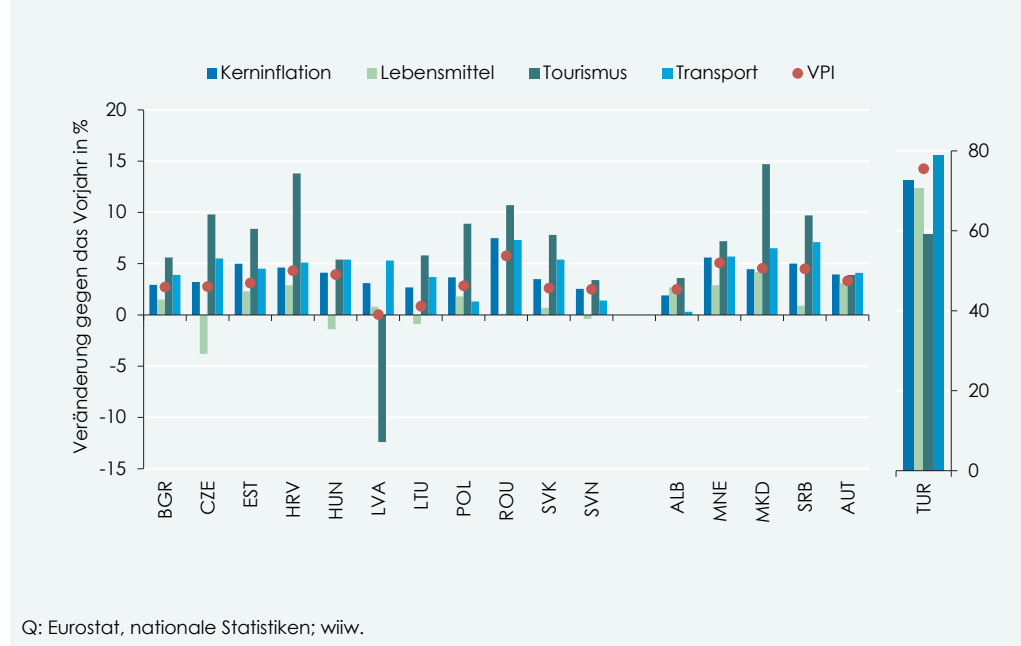
In Weißrussland, Russland und insbesondere in der Türkei sind die Inflationsraten nach wie vor hoch, was als Zeichen der Überhitzung der Wirtschaft gedeutet werden kann. In der Türkei hat sich die extrem hohe Inflation – ein langjähriges Merkmal des türkischen Wirtschaftsmodells – weiter beschleunigt und erreichte im Mai 2024 75,4%. Dies ist den anhaltend stark negativen Realzinsen und der jüngsten Währungsabwertung zuzuschreiben. In Reaktion darauf verschärfte die Türkei die Finanzierungsbedingungen in letzter Zeit durch strengere makroprudenzielle Vorschriften und höhere Mindestreserveanforderungen, was im weiteren Verlauf des Jahres zu einer allmählichen Verlangsamung der Inflation führen dürfte. Russland und

Weißrussland werden bei derzeitigen Trends ihre Leitzinsen in den kommenden Monaten sehr wahrscheinlich anheben. Da alle drei

genannten Länder auf einen wachstumsfördernden Policy-Mix setzen, ist jedoch kaum mit einer raschen Desinflation zu rechnen.

Abbildung 6: **Verbraucherpreisindex nach Komponenten**

Mai 2024



3. Lohnzuwächse fließen nur teilweise in den privaten Konsum

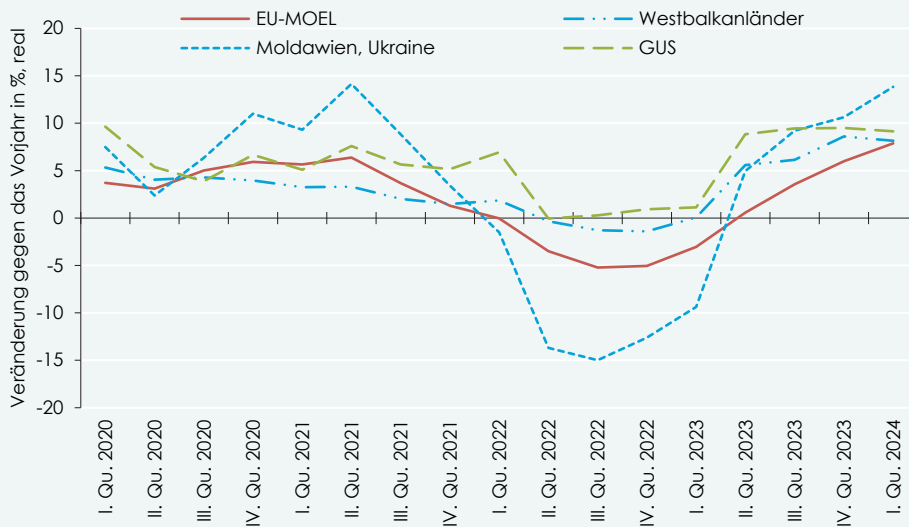
Das lebhafte Wachstum der nominellen Löhne und der weitere Rückgang der Inflation trugen zu einer deutlichen Erholung der Reallöhne bei (Abbildung 7). Im I. Quartal 2024 beschleunigte sich die Reallohnentwicklung in knapp der Hälfte der MOSOEL und lag erstmals seit Anfang 2021 in allen Ländern im positiven Bereich (auf Jahresbasis). In der Ukraine erreichte das Reallohnwachstum fast 18% und war auch in Bulgarien, Weißrussland, Ungarn, Lettland, Moldawien, Nordmazedonien und Russland zweistellig. In Tschechien legten die Reallöhne zum ersten Mal seit dem III. Quartal 2021 wieder zu. Da viele MOSOEL in den Jahren 2022/23 deutliche Reallohnverluste verzeichnet haben, besteht im Allgemeinen reichlich Spielraum für einen weiteren Anstieg in den kommenden Jahren.

Das rege Lohnwachstum in den MOSOEL wird durch angespannte Arbeitsmärkte und den wieder aufkommenden Arbeitskräftemangel unterstützt. Am akutesten dürfte der Arbeitskräftemangel in den Visegrád- und GUS-Ländern sein, wie aus den Arbeitslosenquoten hervorgeht (Abbildung 8). Seit mehreren Jahren liegt die Arbeitslosenquote dort bei rund 4%. Angesichts der Rekrutierungsschwierigkeiten neigen die Unternehmen

dazu, Arbeitskräfte zu horten, d. h. sie zögern selbst in Zeiten schwacher Konjunktur, Beschäftigte zu entlassen. Hinzu kommt, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften aufgrund des soliden Wirtschaftswachstums relativ hoch ist. In Russland sank die Arbeitslosenquote zuletzt weiter auf 2,6% im April 2024. Dies ist zum Teil eine Folge des Ukraine-Krieges. Er dämpft die Zahl der Erwerbspersonen und führt zu einem dauerhaften Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, da viele Männer fallen oder arbeitsunfähig werden. Außerdem haben die drohende Einberufung in die Armee und das zunehmend repressive politische Regime in Russland viele Menschen, insbesondere junge Männer, zur Auswanderung veranlasst. In den Ländern des Westbalkan mit Ausnahme Serbiens liegt die Arbeitslosenquote nach wie vor bei über 10%, ist aber ebenfalls stetig zurückgegangen, während die Übereinstimmung zwischen den auf dem Arbeitsmarkt angebotenen und den nachgefragten Qualifikationen abgenommen hat. Dies verschärfte in bestimmten Sektoren den Arbeitskräftemangel. Nur in den baltischen Ländern stieg die Arbeitslosigkeit in jüngster Zeit deutlich auf durchschnittlich fast 8%, da die Konjunkturfurche verzögert den Arbeitsmarkt erfasst hat.

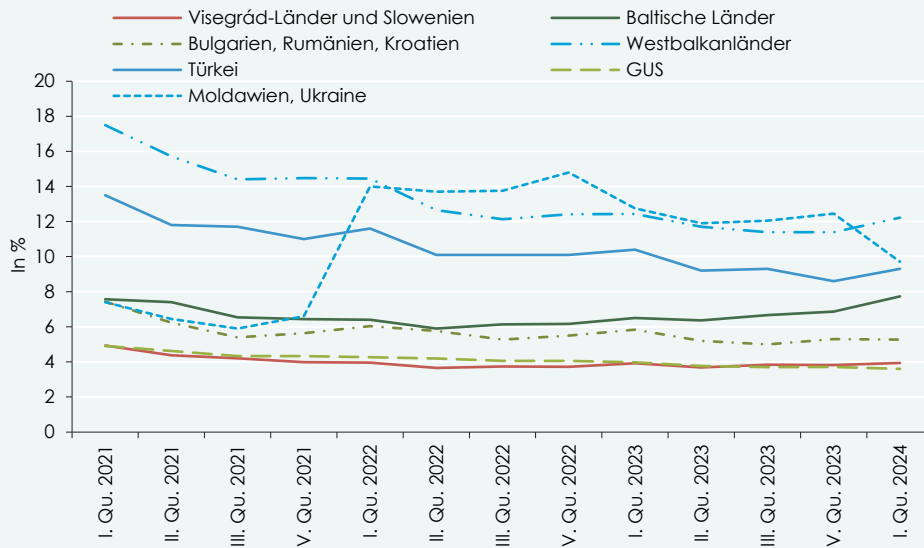
Das rege Lohnwachstum in den MOSOEL wird durch angespannte Arbeitsmärkte und einen wieder aufkommenden Arbeitskräftemangel unterstützt.

Abbildung 7: **Durchschnittliche Bruttomonatslöhne**



Q: wiw-Jahresdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, wiw. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. Westbalkanländer: ohne Kosovo. GUS: Weißrussland, Kasachstan, Russland. Türkei: keine Daten verfügbar.

Abbildung 8: **Arbeitslosenquote (Labour-Force-Konzept)**

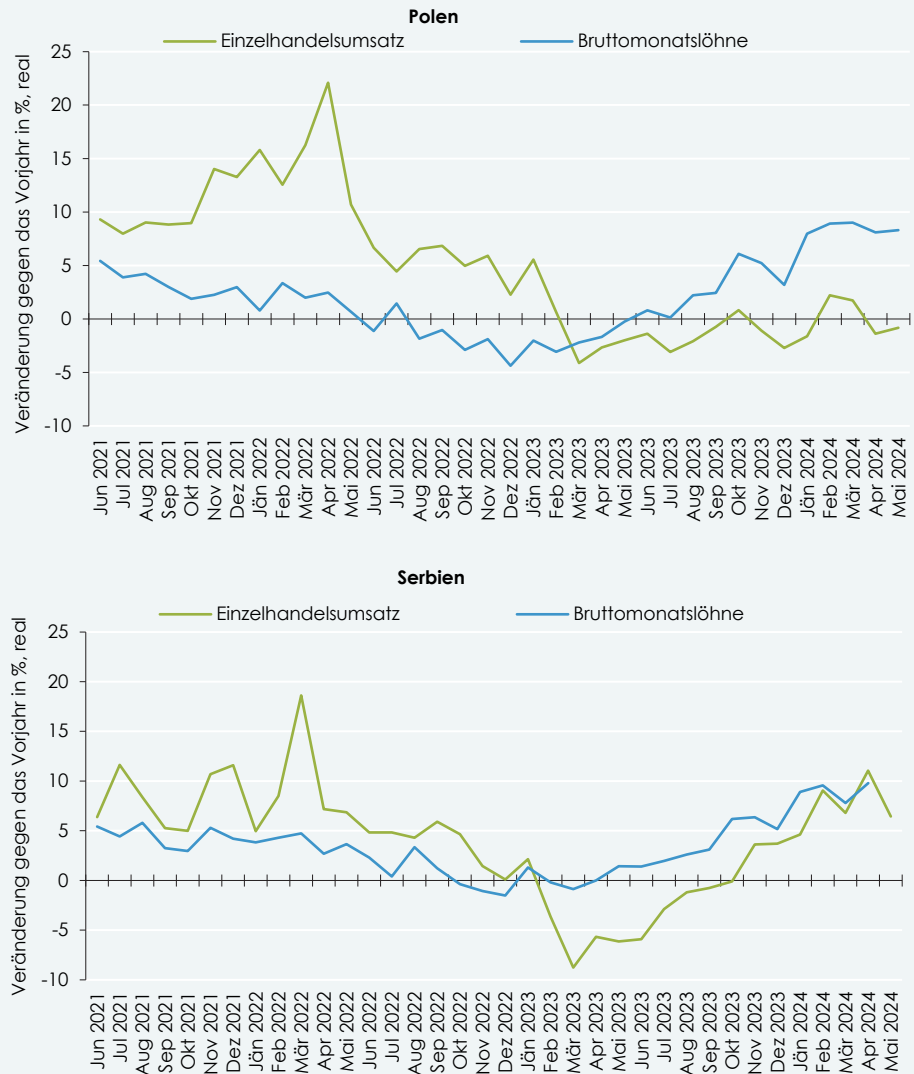


Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. Einfacher Mittelwert für jede Ländergruppe. Ukraine und Kosovo (III. Quartal 2023 und I. Quartal 2024): Schätzungen.

Das zusätzliche Lohneinkommen fließt nur teilweise in den Konsum. In den meisten MOSOEL blieb die Entwicklung des Einzelhandels im I. Quartal 2024 hinter jener der Reallöhne zurück. Abbildung 9 veranschaulicht diese Divergenz für Polen und Serbien. Das verhaltene Wachstum des privaten Konsums ist umso überraschender, als sich in den ersten Monaten 2024 in vielen Ländern die Kreditvergabe an private Haushalte

ungeachtet der positiven und steigenden Realzinsen beschleunigt hat (Abbildung 10) und es sich beim Großteil dieser Kredite um (kurzfristige) Konsumkredite handelt. Gleichzeitig werden die höheren Einkommen teilweise zum (Wieder-)Aufbau der Ersparnisse verwendet, die in einigen Ländern während der Teuerungskrise im Jahr 2022 angezapft wurden.

Abbildung 9: Einzelhandelsumsatz und Bruttomonatslöhne



Q: Eurostat, nationale Statistiken; wiw. Serbien: keine Daten zu den Bruttolöhnen für Mai 2024 verfügbar.

Innerhalb der EU-MOEL verzeichneten im April 2024 die südosteuropäischen Länder das schnellste Wachstum der Kredite an private Haushalte (im Durchschnitt +11,6% im Vergleich zum Vorjahr). Auch in den Visegrád-Ländern hat sich die Kreditvergabe in letzter Zeit wieder beschleunigt, nachdem sie sich seit Anfang 2022 – wahrscheinlich infolge der sehr hohen Realzinsen – deutlich

verlangsamt hatte. In den GUS-Ländern legten die Kredite an private Haushalte in den letzten Jahren stets zweistellig zu. Trotz der hohen Zinssätze gibt es keine Anzeichen für eine Abschwächung dieses Trends, was die optimistischen Erwartungen in Bezug auf das künftige Lohn- und Einkommenswachstum sowie die sehr positive Konsumentenstimmung widerspiegelt.

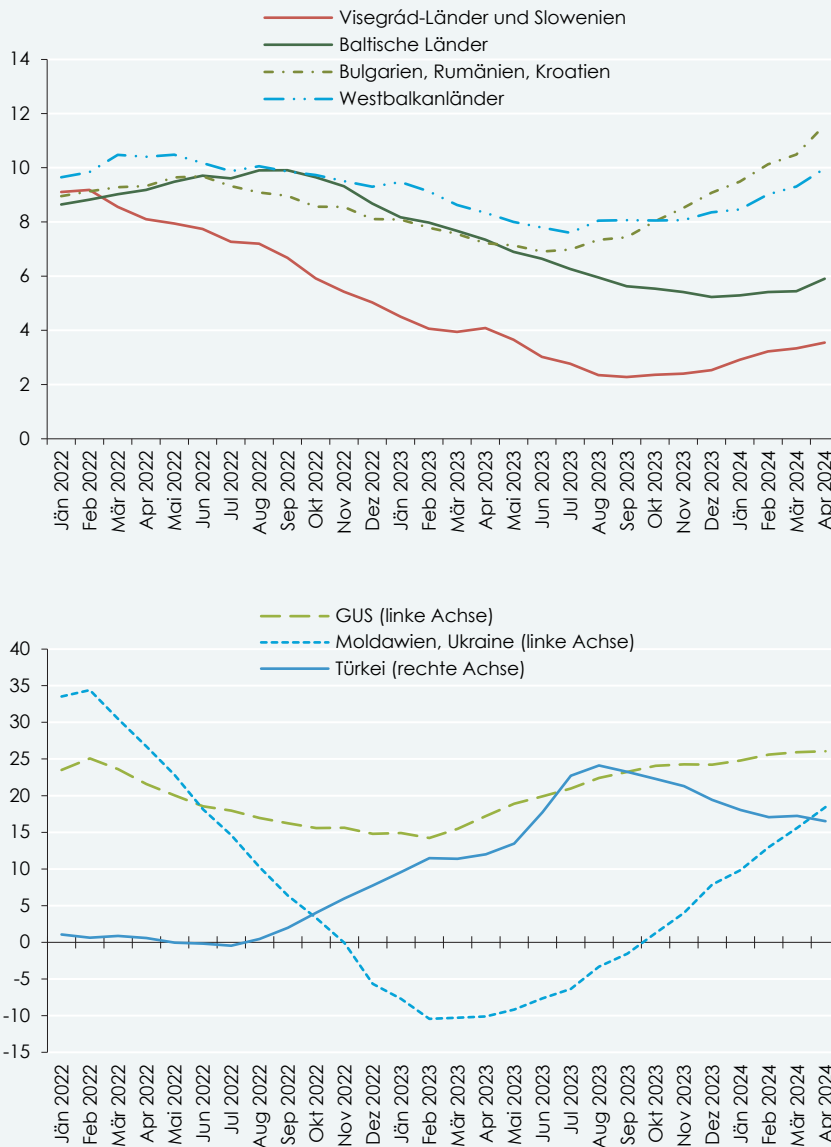
4. Haushaltskonsolidierungen verzögern sich

In vielen MOSOEL ist das Haushaltsdefizit nach wie vor hoch, obwohl sich die Wirtschaft bereits erholt und die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, die 2022 zur Bewältigung der Teuerungskrise eingeführt worden waren, inzwischen fast vollständig ausgelaufen sind. In mehr als der Hälfte der Länder wird das Haushaltsdefizit im Jahr 2024 voraussichtlich steigen (Abbildung 11). Die

deutlichste Verschlechterung um 4,6 Prozentpunkte des BIP gegenüber 2023 wird für Montenegro erwartet, vor Bulgarien und Litauen (jeweils rund –2 Prozentpunkte). Selbst in einigen Ländern, die bereits 2023 ein sehr hohes Budgetdefizit aufwiesen, wie Rumänien, der Slowakei und Polen, dürfte es in diesem Jahr weiter ansteigen.

Abbildung 10: **Kreditbestand der privaten Haushalte**

Veränderung gegen das Vorjahr in %

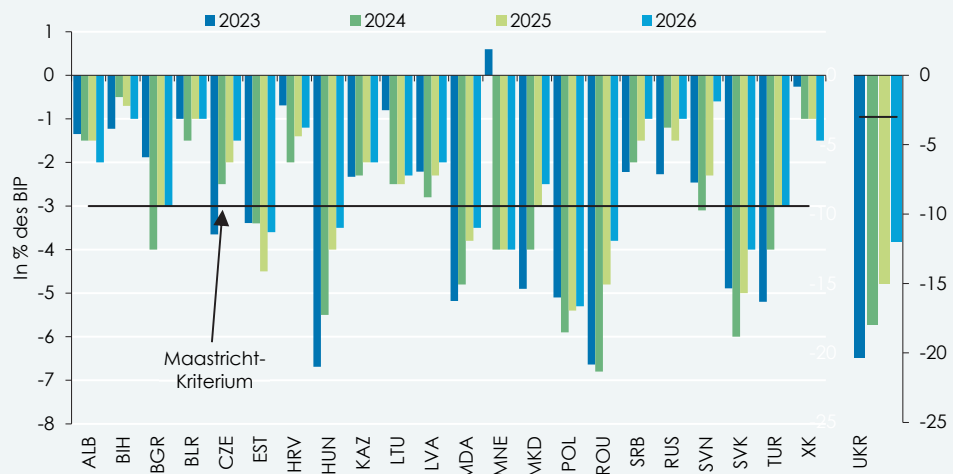


Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat, wiw.

Dies ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen. Einerseits hat die schwächere Inflation in einigen Ländern zu geringeren Staatseinnahmen geführt als ursprünglich erwartet. Andererseits finden in vielen MOSOEL in diesem Jahr Wahlen statt, was zum Teil die großzügigen Ausgaben der amtierenden Regierungen erklärt (z. B. die verabschiedeten Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor in Albanien, Kroatien und Polen). Schließlich geben die Finanzierungsbedingungen den Regierungen derzeit kaum Anlass, das Budgetdefizit zu senken. In den meisten Ländern liegen die Renditen auf Staatsanleihen

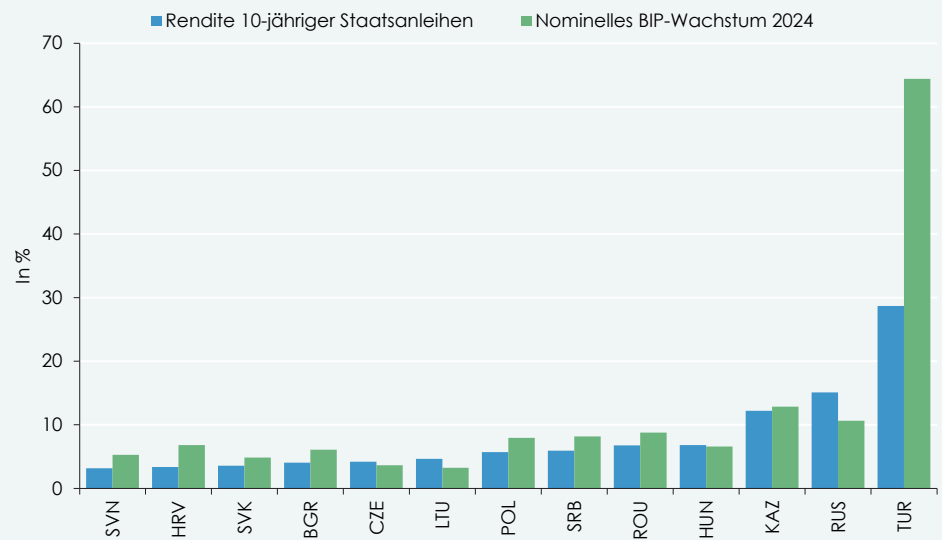
unter dem prognostizierten Wachstum des nominellen BIP (Abbildung 12). Solange dies der Fall ist, können die öffentlichen Schulden grundsätzlich aus künftigen Steuereinnahmen bedient werden, ohne dass die Schuldenquote im Verhältnis zum BIP zwangsläufig steigt. In der kriegsgebeutelten Ukraine wird sich 2024 das enorme Haushaltsdefizit voraussichtlich nur mäßig auf 18% des BIP verbessern. Es wird erneut größtenteils durch Hilfen der EU und anderer westlicher Länder finanziert werden, da die Ukraine unter den derzeitigen Bedingungen keinen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten hat.

Abbildung 11: **Budgetsaldo**



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken und Eurostat. 2024 bis 2026: wiiw-Prognosen vom 13. 6. 2024.

Abbildung 12: **Renditen auf Staatsanleihen und Wirtschaftswachstum**



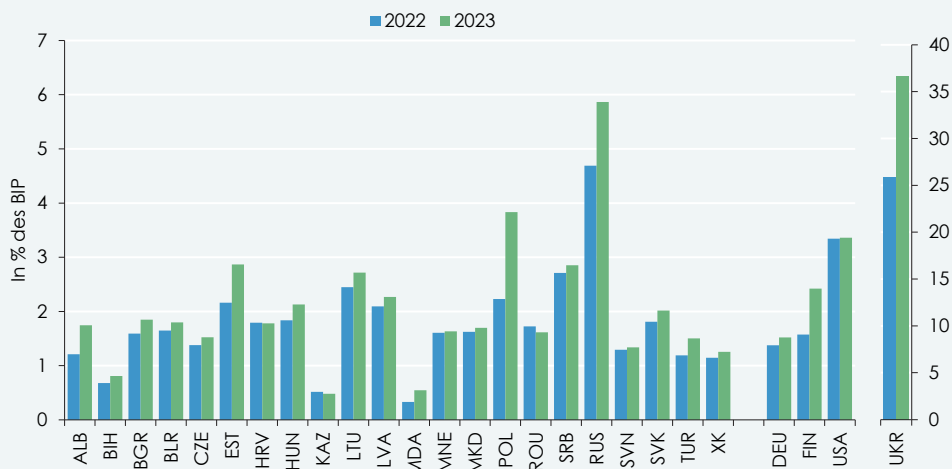
Q: <https://www.investing.com>, wiiw-Prognosen vom 13. 6. 2024. Anleiherenditen: Stand vom 13. 6. 2024. Nominales BIP-Wachstum: für 2024 prognostiziertes reales BIP-Wachstum inflationiert mit der prognostizierten Inflationsrate.

Als Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben fast alle MOSOEL ihre Militärausgaben deutlich erhöht.

Die hohen Militärausgaben belasten den Staatshaushalt vieler MOSOEL ebenfalls beträchtlich. Bereits 2023 erhöhten fast alle MOSOEL ihren Militärhaushalt in Reaktion auf den Angriffskrieg Russlands, am deutlichsten Polen und die baltischen Länder, die sich von Russland am stärksten bedroht fühlen (Abbildung 13). In Polen erreichten die Militärausgaben 2023 3,8% des BIP – deutlich mehr als etwa in den USA. Russland (5,9%) und vor allem die Ukraine (36,7%) verzeichneten 2023 von allen MOSOEL die mit Ab-

stand höchsten Militärausgaben gemessen am BIP. In der Ukraine war dies nur durch die umfangreiche Militär- und Finanzhilfe des Westens möglich, wobei die militärische Unterstützung vor allem aus den USA kam. In vielen MOSOEL dürften die Militärausgaben in den kommenden Jahren weiter steigen. Somit zeichnet sich ein Ende der berühmten "Friedensdividende" ab, die die europäischen Länder in den letzten 30 Jahren gemessen haben.

Abbildung 13: Militärausgaben



Q: Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), <https://www.sipri.org/databases/milex>.

Die expansive Fiskalpolitik in vielen MOEEL ist zwar wachstumsfördernd, birgt jedoch eigene Risiken. Infolge der Wiedereinführung der Maastricht-Fiskalkriterien, die das Haushaltsdefizit mit 3% des BIP und die Staatsverschuldung mit 60% des BIP begrenzen, ist jedes EU-MOEL, das systematisch dagegen verstößt, ab Mitte 2024 potenziell einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit

(Excessive Deficit Procedure – EDP) ausgesetzt. Ein solches Verfahren kann Bußgelder zur Folge haben. In ihrem jüngsten Bericht vom 19. Juni 2024 empfahl die Europäische Kommission, das EDP bereits im Juli gegen drei EU-MOEL einzuleiten: Ungarn, Polen und die Slowakei (neben Belgien, Frankreich, Italien und Malta)¹⁾. Gegen Rumänien läuft das EDP offiziell bereits seit 2020²⁾.

5. Auszahlung der RRF-Mittel an die EU-MOEL erfolgt nur schleppend

Die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU (Recovery and Resilience Facility – RRF) entlasteten zwar in den letzten Jahren die Budgets der EU-MOEL, ihre Auszahlung erfolgt jedoch oft nur schleppend (Abbildung 14). Die Umsetzung des Fonds verzögerte sich aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit der Europäischen Kommission über die erforderlichen Reformen, so vor allem in Ungarn, Polen und der Slowakei, sowie über die Gestaltung der zu finanzierenden Investitionsprojekte. Auch interne politische Konflikte in den EU-MOEL verhinderten oft das Erreichen der vereinbarten Meilensteine. Darüber hinaus wurde der reale Wert der ausgezahlten Mittel angesichts zahlreicher Verzögerungen durch die hohe Inflation geschmälert.

Bis Ende März 2024 konnten nur zwei EU-MOEL, Litauen und Kroatien, die Auszahlung von mehr als der Hälfte der ihnen 2021 zugewiesenen RRF-Mittel sicherstellen. Im März 2024 gab die Europäische Kommission zwar

die Mittel für Polen frei, die aufgrund von Unstimmigkeiten über die Rechtsstaatlichkeit eingefroren worden waren³⁾. Allerdings könnte es sich für Polen als schwierig erweisen, in der verbleibenden Zeit bis Ende 2026 die zugewiesenen RRF-Mittel zu absorbieren. Noch düsterer sieht es für Ungarn aus, zumal ein erheblicher Teil der EU-Mittel weiterhin eingefroren ist und die Auszahlung von der Umsetzung von Justizreformen abhängig gemacht wird.

Wenn die EU-MOEL die Vorgaben der RRF besser einhalten, könnten sie im Zeitraum 2024/2026 einen erheblichen Impuls für ihre Wirtschaft erhalten. Bislang profitierten Kroatien und Rumänien am meisten von der RRF: Sie erhielten bisher Gelder in Höhe von 6,1% bzw. 4,0% ihres BIP des Jahres 2021. Diese Mittel waren entscheidend für die Finanzierung ihrer Infrastrukturprojekte in den Bereichen Digitalisierung und erneuerbare Energien. Wenn sie bei der Beantragung der restlichen verfügbaren RRF-Mittel erfolgreich

Mit Litauen und Kroatien konnten bislang nur zwei EU-MOEL die Auszahlung von mehr als der Hälfte der ihnen zugewiesenen RRF-Mittel sicherstellen.

¹⁾ https://economy-finance.ec.europa.eu/document/download/1d91e302-b9cc-4b54-988a-9e6787230152_en?filename=COM_2024_598_1_EN_ACT_part1_v3.pdf.

²⁾ <https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-and-fiscal-governance/stability-and-growth-pact/>

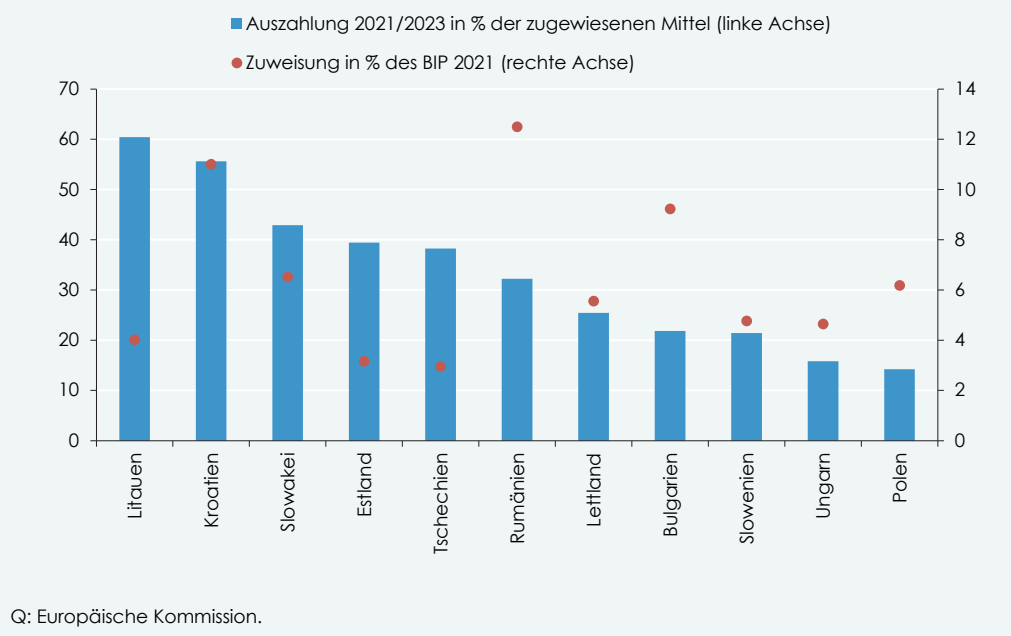
[corrective-arm-excessive-deficit-procedure/excessive-deficit-procedures-overview/romania_en](https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-and-fiscal-governance/stability-and-growth-pact/corrective-arm-excessive-deficit-procedure/excessive-deficit-procedures-overview/romania_en).

³⁾ Siehe z. B. <https://www.bloomber.com/news/newsletters/2024-02-22/eu-set-to-release-blocked-polish-funds>.

sind, könnten sie Gelder in Höhe von bis zu 4,9% des BIP 2021 (Kroatien) bzw. 8,5% des BIP 2021 (Rumänien) erhalten. Bulgarien, Polen und Lettland haben ebenfalls einen

großen Spielraum, weitere RRF-Mittel zu lukrieren, die sich insgesamt auf 4% bis 7% des BIP 2021 belaufen.

Abbildung 14: Zuweisung und Auszahlung von Mitteln aus der Aufbau- und Resilienzfazilität 2021/2023, Anteile in %



6. Ausblick

Für die MOSOEL wird für 2024 ein BIP-Wachstum von 3,1% prognostiziert, was in etwa dem Zuwachs von 2023 entspricht.

Für die MOSOEL insgesamt prognostiziert das WiWi für 2024 ein BIP-Wachstum von 3,1%, was in etwa dem Zuwachs von 2023 entspricht (Übersicht 1). Die entscheidende Annahme, die dieser Prognose zugrunde liegt, ist, dass der Ukraine-Krieg nicht auf andere MOSOEL übergreifen wird. Dies gilt auch für Moldawien, das kein NATO-Mitglied ist, dessen Sicherheit aber durch das im Mai 2024 unterzeichnete Abkommen über eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit der EU gewährleistet sein dürfte⁴⁾.

Hinter der Prognose für die MOSOEL insgesamt verbergen sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Teilregionen. In den EU-MOEL dürfte das Wirtschaftswachstum im Vergleich zu 2023 um durchschnittlich 2 Prozentpunkte auf 2,6% anziehen, vor allem dank der verstärkten Konsumausgaben und der öffentlichen Investitionen, die zum Teil aus RRF-Mitteln finanziert werden. Mit Blick auf das BIP pro Kopf wird sich dadurch die Konvergenz der EU-MOEL mit dem EU-Durchschnitt, die 2023 fast zum Stillstand kam, wieder fortsetzen: das BIP-Wachstumsgefälle dürfte 2024 im Durchschnitt fast 2 Prozentpunkte erreichen und damit ungefähr dem langfristigen Mittel entsprechen. Mit rund 3% (2024) werden Polen, Rumänien und Kroatien unter den EU-MOEL die höchsten BIP-

Zuwächse verzeichnen. In Polen und Rumänien ist dies zum Teil auf die expansive Fiskalpolitik zurückzuführen, während in Kroatien der florierende Tourismus, der vom Beitritt des Landes zum Euro- und zum Schengen-Raum profitiert, eine entscheidende Rolle spielt. Estland dürfte im 2. Halbjahr 2024 wieder ein Wirtschaftswachstum erzielen, wodurch für 2024 insgesamt eine Stagnation erwartet wird.

In den Westbalkanländern dürfte sich das Wachstum in diesem Jahr um 0,6 Prozentpunkte auf durchschnittlich 3,2% beschleunigen, wobei alle Länder außer Montenegro schneller wachsen werden als 2023. Die Region profitiert weiterhin von hohen Auslandsüberweisungen und ausländischen Direktinvestitionen, umfangreichen öffentlichen Investitionen im Vorfeld der Expo 2027 in Serbien und der guten Entwicklung des Tourismus in Albanien und Montenegro.

In der Türkei dürfte sich das Wachstum 2024 um 1,1 Prozentpunkte auf 3,4% abschwächen, was auf die restriktivere Geldpolitik und den gedämpften Lohnanstieg zurückzuführen ist.

In den neuen EU-Kandidatenländern Moldawien und Ukraine wird sich das BIP-Wachs-

⁴⁾ https://www.eeas.europa.eu/delegations/moldova/security-and-defence-partnership_en?s=223.

tum im Durchschnitt um 2 Prozentpunkte auf 2,7% verlangsamen. Dies ist ausschließlich auf die erwartete Verlangsamung in der Ukraine zurückzuführen. Dort wird die Erholung der Wirtschaft vor allem deshalb an Schwung verlieren, da Russland etwa die Hälfte der Stromerzeugungskapazitäten zerstört hat. In Moldawien hingegen wird sich das Wachstum nach der Beinahe-Stagnation im letzten Jahr deutlich beschleunigen.

In der GUS wird der BIP-Zuwachs um 0,5 Prozentpunkte auf durchschnittlich 3,3% abnehmen. Dies ist vor allem der für den Rest des Jahres 2024 erwarteten moderaten Abkühlung in Russland zuzuschreiben, wobei die restriktive Geldpolitik und der akute Arbeitskräftemangel zunehmend in den Vordergrund treten werden.

2025/26 dürfte das Wirtschaftswachstum in den MOSOEL insgesamt leicht anziehen, wobei die Beschleunigung in den EU-MOEL und der Türkei durch die Verlangsamung in der GUS fast vollständig ausgeglichen werden dürfte (Übersicht 1).

Die vorliegende Prognose ist vor allem mit Abwärtsrisiken behaftet, die in erster Linie mit dem möglichen Sieg von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen im November 2024 zusammenhängen. Die für diesen Fall wahrscheinliche Eskalation des Handelskrieges der USA mit China und möglicherweise auch mit der EU könnte schwerwiegende Auswirkungen auf die MOSOEL haben. Die meisten MOSOEL sind kleine, offene Volkswirtschaften, die indirekt stark von der Importnachfrage Chinas abhängen.